

11. Januar 2008

Pressemitteilung
Nummer 7/2008

Programm Qualifizierungsinitiative für Deutschland

Heinz Rolfes: Bildungsgipfel der Bundesregierung ist wertvoller Beitrag zur Prävention gegen Jugendgewalt

Hannover. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heinz Rolfes hat heute die von der Bundesregierung gestartete Qualifizierungsinitiative für Deutschland in einen Zusammenhang mit diskutierten Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität gestellt und ausdrücklich begrüßt:

Die Bildungsoffensive von Bundesbildungsministerin Annette Schavan ergänzt unser Konzept Integration Prävention Repression zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Wir können die Gewaltbereitschaft junger Menschen nur verringern, indem wir das eine tun, ohne das andere zu unterlassen. Wenn wir die Bildungschancen junger Menschen erhöhen und gleichzeitig den Warnschussarrest einführen, sind das zwei Seiten derselben Medaille, sagte der CDU-Politiker. Das Programm der Bundesregierung sei ein wertvoller Beitrag zur Prävention gegen Jugendgewalt.

Mit der bundesweiten Qualifizierungsinitiative soll das Bildungssystem durchlässiger werden. Jeder Jugendliche soll so hinreichend qualifiziert werden, dass er eine berufliche Ausbildung erfolgreich abschließen kann. Die jeweiligen Vorhaben sollen gemeinsam mit den Bundesländern auf einem Bildungsgipfel im Herbst beschlossen werden.

Auf die Gespräche mit der Bundesregierung freuen wir uns in Niedersachsen, erklärte Heinz Rolfes. Niedersachsen hat in vielen Bereich bereits Maßstäbe gesetzt. Mit Projekten wie Abschlussquote erhöhen, Berufsfähigkeit steigern, der Einführung von Praxistagen oder dem Landesprogramm für zusätzliche Ausbildungsplätze 2000 x 2500 haben wir vielen Jugendlichen wieder eine Zukunftsperspektive gegeben. Auch die Angebote für jugendliche Migranten haben wir ausgebaut: Integrationsangebote wie Sprachförderkurse, Integrationslotsen und der islamische Religionsunterricht an Schulen ergänzen unsere Anstrengungen in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und helfen im Kampf gegen

Jugendkriminalität.